

# turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 03

Juli 2009

Jahrgang 38



## Arbeitszeitverkürzung auf die gewerkschaftliche Tagesordnung

„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch die Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört“, um es mit Karl Marx zu sagen. Aber aus der Verkürzung der Arbeitszeit 1967 auf die 40 Stunden/Woche ist aus Freizeit keine freie Zeit geworden. Kaum hatte der Mensch die Bedingungen seiner Arbeit verbessert, holte ihn des Unternehmers Fortschritt wieder ein. Der Kampf um die eigene Zeit musste neu geführt werden. Bereits auf dem Gewerkschaftstag 1977 formulierte die IGM in ihrem

Forderungskatalog die 35 Stunden/ Woche.

Die Produktivität wuchs schneller als die Produktion. Bis 1986 wurden rund

fünf Millionen Arbeitslose prognostiziert. Das Recht auf Arbeit als Menschenrecht, die Arbeit, als gesellschaftliche Pflicht auf alle zu verteilen, bleibt das Ziel. Die 35 Stunden/Woche wurde zum Gebot der Stunde. Der Erfolg des Arbeitskampfes von 1984 ging allerdings nur stufenweise in Erfüllung. Erst zum 01.10.1995 trat die letzte Stufe der Arbeitszeitverkürzung auf die 35 Stunden/Woche in Kraft. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, für mehr wirkliche persönli-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Im Betrieb wird gearbeitet im Betrieb wird gekämpft. Ausgesperrte VOITHianer erzwangen in Begleitung des Liedermachers „Schlauch“, Bernd Köhler, einen Rundgang (Felder) durch den Betrieb. Verdutzt und überrascht links im Bild der damalige Werkstattleiter in der Mech. Fertigung Herdum.

Liebe Voithianerinnen und Voithianer,  
die TURBINE-Redaktion wünscht Euch und Euren Familien im Urlaub, ob in den Bergen am See oder am Meer, gute Erholung.



(Fortsetzung von Seite  
 che freie Zeit, für  
 bessere Lebens-  
 und Arbeitsbedin-  
 gungen ist und  
 bleibt in unserer  
 Gesellschaft ein  
 Kampf um Rechte  
 zwischen Kapital  
 und Arbeit.



VOITH Fabrikhof

Nein, nicht zur Erinnerung. Kein 25  
 jähriges Freuden-Jubiläum. Rückschau  
 um Kraft zu finden, den Kampf um die  
 Verkürzung der Arbeitszeit neu aufzu-  
 nehmen. Heute wie damals sind die Er-  
 rungenschaften der Arbeitszeitverkür-  
 zung, die nachweislich tausende von Ar-  
 beitsplätzen geschaffen haben, durch die  
 Zeitflexibilisierung, durch vielfältige  
 Zeitkontenstrategien, Schichtmodelle  
 und Arbeitszeitvarianten zum einen und  
 durch die ständige Steigerung der Ar-  
 beitsproduktivität zum anderen, zu-  
 nichte gemacht worden. Immer weniger  
 Beschäftigte produzieren immer mehr  
 Waren, Produkte und Dienstleistungen.  
 Auch jetzt und gerade jetzt ist es an der  
 Zeit den Kampf für eine weitere Verkür-  
 zung der täglichen, monatlichen, oder  
 der Lebensarbeitszeit in den Gewerk-  
 schaften offensiv zu fordern und aufzu-  
 nehmen.

Zu diesem Thema wurde mit Gewerk-  
 schaftskollegen aus den 1984-Kämpfen  
 eine Podiumsaussprache organisiert.



Betriebsdemo  
 bei BSHG  
 Giengen

Neben einem  
 R ü c k b l i c k  
 stimmten alle  
 Teilnehmer des  
 Podiums über-  
 ein, dass auch in  
 der gegenwärtigen  
 Finanz- und  
 Wirtschaftskrise

die Arbeitszeit zu verkürzen auf die  
 Tagesordnung der IG Metall gehöre.  
 Es gab keine Meinungsverschiedenheit  
 über die Notwendigkeit. Über den Weg  
 und wie diese Forderung umgesetzt  
 werden kann wurden verschiedene  
 Strategien angedacht. Einig waren sich



**IG Metall-Veranstaltung 2. Juli 2009**  
 Podium v. links E. Eisemann, ehem. IGM Bezirksl. IGM Ver-  
 handlungsführer 1984, S. Gmeiner Moderation SWR,  
 K. Zwickel, damals 1. Bevollm. IGM Neckarsulm,  
 M. Steidle, BR-Vors. Mahle Lorch, 1984 Streikbetrieb

die Arbeitszeit zu verkürzen auf die  
 Tagesordnung der IG Metall gehöre.  
 Es gab keine Meinungsverschiedenheit  
 über die Notwendigkeit. Über den Weg  
 und wie diese Forderung umgesetzt  
 werden kann wurden verschiedene  
 Strategien angedacht. Einig waren sich

die Teilneh-  
 mer, die For-  
 derung muss  
 politisch be-  
 g r ü n d e t ,  
 nachvollzieh-  
 bar und für  
 die Beschäf-  
 tigten in den  
 Betrieben als  
 ihre Forderung verstanden werden.  
 Auch die Verkürzung der Lebens-  
 arbeitszeit müsse dazu gezählt wer-  
 den.

Die 35 Stunden/Woche dürfe nicht  
 wie eine Monstranz vor sich her  
 getragen werden, so der IG Metall

Bezirksleiter Jörg  
 Hoffmann. Ar-  
 beitszeitverkür-  
 zung müsse täg-  
 lich im Betrieb er-  
 kämpft werden.  
 Klar sei, es gibt  
 keine Rückkehr  
 zur tariflichen 40  
 Stunden/Woche.

Die 35 sei tarifpolitischer Maßstab. Alle  
 Facetten der Arbeitszeitverkürzung von  
 der täglichen bis zur Verkürzung der  
 Lebensarbeitszeit stünden auf der ge-  
 werkschaftlichen Agenda.  
 Die insgesamt nach vorne orientierte  
 Podiumsdiskussion wurde von Jörg  
 Hoffmann leicht verwässert.



## Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel

# Gewerkschaften in der Krise

Diskussion mit Prof. Frank Deppe

Entnommen aus UZ Nr.24

**Anfang Juni diskutierten Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre mit Prof. Frank Deppe, (ehem. Uni Marburg) über die gegenwärtigen Entwicklungsprozesse in den Gewerkschaften.**

Die Diskussionsveranstaltung ging zu-  
 rück auf eine Initiative des Parteivor-  
 standes der DKP, Arbeitsgespräche zu  
 verschiedenen aktuellen Themen durch-  
 zuführen.

### Periode gewaltiger Umbrüche

In seinem einleitenden Statement führte  
 Prof. Frank Deppe aus, dass sich im  
 letzten Viertel des 20. Jahrhunderts eine  
 Periode gewaltiger Umbrüche und eine  
 Veränderung des Kräfteverhältnisses  
 zwischen Kapital und Arbeit national  
 wie international vollzog. Seit Mitte der

70er Jahre vollzog sich ein ökonomi-  
 scher Umbruch in der BRD, stieg die  
 Massenarbeitslosigkeit, die entschei-  
 dende Waffe des Kapitals. Nach dem  
 letzten großen erfolgreichen Streik  
 1984 um die 35-Stunden-Woche ver-  
 minderte sich die Mobilisierungs- und  
 Kampffähigkeit der Gewerkschaften.

### Übergang zum Neoliberalismus

Die ökonomische Situation in der BRD  
 war im Folgenden geprägt von der dra-  
 stischen Absenkung der Lohnstückko-  
 sten, von freiwilligem Lohnverzicht

(Bündnis für Arbeit), sinkender Lohn-  
 quote, Erosion der Flächentarifverträge  
 und Spaltung der Arbeiterklasse in  
 Stammebelegschaften und Beschäftigten  
 im Niedriglohnsektor. Spätestens seit  
 1990 mit dem Übergang vom Fordismus  
 zu neoliberalen Herrschaftskonstellatio-  
 nen kündigte das Kapital offen das sozi-  
 alpartnerschaftliche Modell gegenüber  
 den Gewerkschaften auf und forcierte  
 die Einbindung der Betriebsräte durch  
 Co-Management. Einher ging ein drasti-  
 scher Mitgliederverlust der Gewerk-

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

schaften bis heute, ein Verlust an kritischer Denkfähigkeit und Kapitalismuskritik. Diese Entwicklung, so Frank Deppe, bedürfe einer genaueren Analyse der Ursachen.

### Keine Alternativen

Heute haben die Gewerkschaftsführungen der tiefen Krise des Finanzmarktkapitalismus keine zukunftsweisenden Alternativen entgegenzusetzen. Stattdessen plädieren sie mehrheitlich zu einem Zurück zum "rheinischen Kapitalismus". Doch trotz des sinkenden Einflusses der Gewerkschaften und der schwächer gewordenen Linken in ihr, gibt es, so Frank Deppe, erfreuliche Gegentendenzen. In den kapitalistischen Metropolen ist in der zurückliegenden Zeit ein Aufschwung neuer sozialer und globalisierungskritischer Bewegungen und der Friedensbewegung festzustellen.

### Mut für konsequente linke Positionen

Unter vielen jungen Leuten, gibt es eine antikapitalistische Stimmung, und nicht zu verkennen seien die wachsenden

Streiks und Proteste in der BRD, sowie die Großaktionen in Italien, Frankreich und anderen Ländern mit mehreren Millionen Teilnehmern. Aber Frank Deppe warnte vor Illusionen, zwar ist der Neoliberalismus nicht mehr hegemonial, aber machtpolitisch ist er immer noch dominant. Daher ist eine stärkere Rolle der Linken in den Gewerk-

gesamt finden immer weniger inhaltliche Debatten statt, und wenn, vor allem von Funktionären und Professoren, wie auf dem Kapitalismus-Kongress des DGB auf dem Vertrauensleute und Betriebsräte kaum vorhanden waren. Heute seien die ideologischen Hauptströmungen nicht mehr reformorientiert inklusive christlich definiert und revolutionär wie beispielsweise 1945, heute überwiege der Pragmatismus ohne politischen Anspruch und gewerkschaftliche Grundsätze seien die Grundlage vieler Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre. Gesellschaftspolitisch seien nicht mehr gesellschaftliche Perspektiven und Veränderungen im Mittelpunkt der Orientierung der Gewerkschaften, sondern die Vertretung von Partikularinteressen. Ausgehend von der Diskussion soll der nächsten Parteivorstandstagung vorgeschlagen werden, das Dokument "Kommunisten und Einheitsgewerkschaft heute" bis zum Frühjahr 2010 zu überarbeiten und in der Partei breit zu diskutieren.



schaften dringend notwendig.

### Pragmatismus überwiegt

In der Diskussion wurde die Rolle und Bedeutung der Einheitsgewerkschaft heute kritisch diskutiert. Im DGB ins-

W. T./G. H.

Zwischenüberschriften UHU



Horst Mack  
Rechtsanwalt und Stadtrat  
Fachanwalt für Mietrecht  
Mitglied „Die Linke.“ (PDL)

Norbert Fandrich  
Betriebsratsvorsitzender  
VOITH Paper und Stadtrat  
Mitglied „Die Linke.“(PDL)

Reinhard Püschel  
Schlosser  
Stellv. Vors. Mieterverein  
Mitglied der DKP

## Kommunalpolitik

### Die Fraktion Die Linke. / DKP

Die Tradition bleibt. 35 Jahre kommunistische Kommunalpolitik. Jetzt gemeinsam mit der Partei Die Linke als Fraktion. Gemeinsam gleichberechtigt und mit parteipolitischer Eigenständigkeit.

Die DKP wünscht und hofft auf eine im Interesse unserer Stadt und seiner Mitbürgerinnen und Mitbürgern fruchtbare und offensive Zusammenarbeit.

### Grenzwertige Diskussion im Gemeinderat

## DKP-Stadträte geben Ausgaben für bessere Schulen Vorrang

„Dürfen wir nicht unseren Standpunkt zu einem Sachverhalt darlegen, ohne dass sie uns eine bestimmte Ideologie vorwerfen, Herr Oberbürgermeister Ilg?“ Zu diesem Vorwurf seitens der DKP kam es in der Gemeinderatssitzung am 25. Juni 2009. Beratungsgegenstand war die erneute finanzielle Aufstockung für den Ausbau des Albstadions zu einem Fußballstadion.

Noch im Dezember 2008 hatte der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen, dem Umbau für rund 11,8 Millionen Euro zuzustimmen. Trotz Bedenken haben die beiden DKP-Stadträte Püschel und Benz dem Umbau zugestimmt. Jetzt, 6 Monate später sollten nochmals 2,3 Millionen für die Ligatauglichkeit draufgesattelt werden. Von den 14,1 Millionen Gesamtkosten

trägt die Stadt 60 Prozent. Insgesamt stimmten zehn Stadträte dagegen. Für die DKP begründete Reinhard Püschel die Ablehnung so: „Mit unserer Entscheidung im Dezember 2008 für den Ausbau des Albstadions haben wir die fußballerische Leistung des 1.FCH anerkannt.

Diesmal stimmen wir einer weiteren Fi-

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

finanzierung nicht zu! Bei der letzten Gemeinderatssitzung haben wir einen Brief vom Elternbeirat der Raubuchschule auf den Tisch bekommen. Darin klagen die Eltern über die baulich schlechte Situation der Schule: „Unsere Kinder mussten im Winter des Öfteren in schlecht beheizten Klassenräumen (11°C-14°C) den Unterricht beginnen.“

Das sollte für uns Stadträte nicht hinnehmbar sein. Wir sehen den Schwerpunkt für die Ausgabenpolitik anders. Schule und Bildung sind für uns Schwerpunkte, die zuerst befriedigt werden müssen. Wir verlangen also, dass das Geld für die Sanierung der Raubuchschule zur Verfügung gestellt wird.“ Diese Wortmeldung nahm Oberbürgermeister Ilg zum Anlass, Pü-

schels Rede als „grenzwertige Polemik“ herunter zu spielen. Auch bei anderen Gelegenheiten beschimpft OB Ilg die Aussagen der DKP-Stadträte immer wieder als „Ihre Weltideologie“. In der Gemeinderatssitzung am 25. Juni haben sich die DKP-Stadträte gegen diese Bevormundung entschlossen zur Wehr gesetzt.



## Vermischtes / Internationales / Meldungen / Infos

### Ehemaliger IKB-Bank-Chef angeklagt

Der ehemalige Chef der maroden Mittelstandsbank IKB, Ortseifen, ist wegen Börsenpreismanipulationen und Untreue sowie wegen irreführender Presseveröffentlichungen angeklagt worden.

Die noch Anfang des Jahres wegen Fehlspekulationen auf dem US-Hypothekenmarkt vor der Pleite stehende IKB-Bank wurde mit Hilfe von rund 10 Mrd. Euro Steuergelder vor dem Bankrott gerettet.

Erinnert werden muss, dass Ex-BDI-Chef Dr. Rogowski, Heidenheimer Ehrenbürger, Aufsichtsratsvorsitzender der VOITH AG, heute im Lenkungsrat beratend dem Finanzministerium zur Vergabe von Krediten und Bürgschaften aus dem 100 Mrd. Euro umfassenden „Wirtschaftsfond Deutschland“ zur Seite steht, Mitglied im Aufsichtsrat der Pleite-IKB-Bank war. ★

### Emnid-Umfrage: Ostdeutsche fanden die DDR gut!

Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen beurteilen die DDR positiv. 57 Prozent sagten in einer Emnid-Umfrage, die DDR habe mehr gute als schlechte Seiten gehabt. In der Umfrage unter 1208 Bürgern in Ost und West sagten nur acht Prozent der Ostdeutschen, die DDR habe "ganz überwiegend schlechte Seiten" gehabt. 49 Prozent sahen dagegen "mehr gute als schlechte Seiten" und mit den "paar Problemen" habe man gut leben können. Acht Prozent fanden die DDR sogar "überwiegend gut" und man sei dort "glücklicher" gewesen als heute. 78 Prozent der befragten Westdeutschen sagten dagegen, die DDR habe "ganz überwiegend" schlechte Seiten gehabt.

**Sozial is' muss!**  
Profite besteuern  
statt Arme schröpfen!

### FDP als Handlanger für Putschisten

Die Rolle der Parteienstiftung am Beispiel der FDP-nahen Friedrich Naumann Stiftung

Die in Honduras angesiedelte FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung beteiligte sich am Putsch gegen den honduranischen Präsidenten Manuel Zelaya. Noch vor Jahren wurde Zelaya von der F.N.-Stiftung unterstützt. Zelaya hatte sich aber im Laufe seiner Präsidentschaft von der neoliberalen Politik der deutschen Organisation abgesetzt und sich stattdessen dem Staatenbund ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas) um Venezuela, Bolivien und Kuba angenähert. Diese Entwicklung passte nicht in die Ziele der F.N.-Stiftung. Sie wendete sich von dem amtierenden Präsidenten ab und unterstützte die politischen Gegner unter anderen auch den neuen Machthaber Honduras, Roberto Micheletti. Micheletti hat nach der gewaltsamen Entführung des amtierenden Präsidenten Zelaya durch das Militär die Macht in Honduras übernommen. Wie der Repräsentant der F.N.-Stiftung in Honduras schreibt, trage Zelaya eine Mitschuld an dem Militärputsch und sei „mehr Täter als Opfer. Es habe sich bei dem Putsch in Honduras keineswegs um einen Staatsstreich gehandelt, sondern um ein „Amtsenthebungsverfahren“. Die Naumann-Stiftung, die von sich behauptet, "Demokratieförderung" zu betreiben, wird mit Milliongeldern aus Steuermitteln finanziert, im Jahr 2007 mit mindestens 36,2 Millionen Euro aus staatlichen Etats. Die Organisation nutzt die Millionensummen nicht nur zum Kampf für honduranische Putschisten, sondern treibt ihre Aktivitäten auch in anderen lateinamerikanischen Staaten voran. Ziel ist es, Gegenkräfte zu der Staatengruppe um Venezuela und Bolivien (Alternativa Bolivariana para las Américas, ALBA) zu fördern. Zu den Kontaktpersonen der Stiftung gehört die letzte Woche von den Putschisten in Tegucigalpa vereidigte neue Finanzministerin von Honduras. So wird inoffizielle deutsche Außenpolitik und Einmischung betrieben. ★



### CUBA-Solidarität mit kubanischen Mixgetränken

Beim „Internationalen Straßenfest“ der Stadt Heidenheim waren neben serbischen, kroatischen türkischen, kurdischen Spezialitäten auch andere internationale Speisen und Getränke zu verkosten.

Seit Beginn dieser Straßenfest-Tradition findet sich unter den Beteiligten auch ein Infostand der Kuba-Solidarität. Mit dem Überschuss aus kubanischen Mixgetränken wird für Kuba, deren Bevölkerung heute noch unter den gewaltigen Hurrikans und der zerstörten Infrastruktur leidet, unterstützt. Gleichzeitig wurde auch über die in den USA inhaftierten fünf Kubanern informiert und für ihre Freilassung um Solidarität geworben.

Schade ist, dass beim „Internationalen Straßenfest“ der Stadt Heidenheim der Kommerz anderer Schausteller und Markbeschicker überwiegt. Zu kurz kommt dadurch die Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt, für Frieden und einer EU die bereit ist, Hungerflüchtlinge aus Afrika nicht abzuweisen. ★

Zeitungen und Flugblätter kosten Geld. Für Spenden bedankt sich die DKP-Heidenheim  
Spendenkonto: Kreissparkasse BLZ 632 500 30 Konto Nr. 413 903

V.i.S.d.P.  
DKP Heidenheim